

17.12.24

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zur Erhöhung der Grberpauschalen

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Parlamentarischer Staatssekretär

Berlin, 16. Dezember 2024

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Anke Rehlinger

Sehr geehrte Frau Bundesratsprsidentin,

in seiner Sitzung vom 22. März 2024 hat der Bundesrat im Rahmen einer Entschließung festgestellt, dass die nach dem Grbergesetz für Instandhaltung und Pflege von Kriegsgräbern vom Bund zur Verfügung gestellten Grberpauschalen für die Länder im Hinblick auf die Preisentwicklung nicht mehr auskömmlich sind und die Bundesregierung um eine den gestiegenen Kosten Rechnung tragende neue Grberpauschalenverordnung gebeten.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zuständig für die Finanzierung der inländischen Kriegsgräberfürsorge, hat mittlerweile eine neue Grberpauschalenverordnung, gültig für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 vorgelegt, die eine Erhöhung der Pauschalen für die Länder um 20 Prozent festsetzt.

Der Bundesrat hat der Grberpauschalenverordnung 2025/2026 in seiner Sitzung vom 22. November 2024 zugestimmt (BR-Drs. 467/24 (Beschluss)).

Die Verordnung ist am 9. Dezember von Frau Bundesministerin Paus unterschrieben worden und tritt am 1. Januar 2025 in Kraft (BGBl. 2024, Nr. 407).

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird mit den zuständigen Stellen in den Ländern im Austausch bleiben, um die Auskömmlichkeit der Gräberpauschalen für Instandhaltungs- und Pflege von Kriegsgräbern in Bezug auf die notwendig werdenden Maßnahmen für deren Erhalt in regelmäßigen Abständen zu prüfen und gemäß § 10 Absatz 4 des Gräbergesetzes im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen anzupassen.

Mit freundlichen Grüßen
Sven Lehman